

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN / CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Bundesminister Dr. Robert TILLMANNNS, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

2. Jahrgang - Nummer 2

Bonn - im Februar 1954

I N H A L T

DIE MÖGLICHKEIT EINER CHRISTLICHEN POLITIK.....	S. 1
GEFÄHRLICHE ILLUSIONEN.....	S. 5
UNTER DER VERPFLICHTUNG DES GLAUBENS.....	S. 8
EVANGELISCHE GEDANKEN ZUR FAMILIENPOLITIK.....	S. 10
POLITISCHER QUERSCHNITT.....	S. 15
UNS WIRD GESCHRIEBEN.....	S. 17
AN UNSERE LESER	S. 18

DIE MÖGLICHKEIT EINER CHRISTLICHEN POLITIK

von D. Dr. Hermann Ehlers

Offenbar kommen wir in eine Auseinandersetzung über die Möglichkeit einer christlichen Politik hinein. Die Nachwirkungen der Zeit des Kirchenkampfes und ihrer Erkenntnis von der engen sachlichen Beziehung zwischen dem Glauben und der politischen Entscheidung gehen langsam zu Ende. Die Zeit, in der der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage der Solidarität der Schuld in Kirche und Volk eine Erklärung abgeben konnte, liegt fast neun Jahre zurück. Kaum jemand sieht sich noch in dieser Solidarität der Schuld. Dafür erhält man einen Brief von einem hohen Offizier der ehemaligen Kriegsmarine, in dem sich dieser darüber beschwert, daß Vertreter deutscher Soldatenverbände an einer Tagung ausländischer Frontkämpferorganisationen einschließlich der Widerstandskämpfer teilgenommen haben. Der Briefschreiber spricht sehr beredt von der völkerrechtswidrigen unchristlichen und brutalen Tätigkeit der

Partisanen, unterläßt aber leider den geringsten Hinweis auf die Frage, ob nicht vielleicht vieles, was damals geschehen ist, mit den Methoden der Hitler'schen Kriegführung in unmittelbarem Zusammenhang stand. Wir leben in einer Zeit der Proklamation der Kollektivunschuld und wir leben in einer Epoche der politischen Restauration, daß einem grauen kann.

Zu dieser Entwicklung gehört natürlich auch, daß man gegen jede christliche Fundierung der Politik Sturm läuft. Selbstverständlich spielt der Wahlerfolg der CDU/CSU vom 6. September dabei eine erhebliche Rolle. Wenn auch niemand die gewagte Behauptung aufstellen wird, dieser Wahlsieg schließe ein, daß alle CDU/CSU-Wähler nun plötzlich nicht mehr laue, sondern überzeugte Christen seien, so kann man doch immerhin feststellen, daß die Herausstellung der christlichen Fundierung ihrer Politik durch eine große Partei auch in kirchlich labilen Gegenden die Wähler nicht vertrieben, sondern angezogen hat. Daß nun politische Gegner hier ansetzen und sich bemühen, dieses offensichtlich populäre Fundament der CDU/CSU zu beseitigen oder es jedenfalls in Frage zu stellen, ist nur natürlich. Wir werden uns auch in Zukunft damit noch oft auseinanderzusetzen haben.

Heute soll nicht gesprochen werden von der in der Theologie üblich gewordenen Formulierung, daß es zwar christliche Politiker, jedoch keine christliche Politik geben könne. Es dürfte empfehlenswert sein, in dieser Auseinandersetzung nicht gar zu theoretisch zu verfahren. Wenn christliche Politiker, deren Möglichkeit nicht bestritten wird, Politik treiben, scheint mir das christliche Politik zu sein. Hier soll gern angemerkt werden, daß wir, im evangelischen Raum jedenfalls, daraus nicht die Folgerung zu ziehen beabsichtigen: nur unsere Entscheidung sei die christliche Politik. Wenn andere Politiker ihren Glauben ernst nehmen und bei der Beurteilung der politischen Gegebenheiten und Aufgaben zu anderen Ergebnissen kommen, so werden wir sie nicht als unchristliche Politiker brandmarken und sie damit zu überwinden trachten. Vielmehr werden wir alle Kräfte der Vernunft und der politischen Einsicht anwenden, um sie von der Richtigkeit unseres Weges zu überzeugen – oder uns sogar von ihnen überzeugen zu lassen. Christliche Politik bedeutet also nicht, daß wir für uns das Primat der richtigen christlichen Politik in Anspruch nehmen. Allerdings werden wir uns auch nicht verwehren lassen, in bestimmten politischen Fragen darauf hinzuweisen, daß unser Verständnis des Wortes Gottes ganz bestimmte Entscheidungen von uns fordert und daß wir andere Entscheidungen für eine Gefährdung der Geltung der Gebote Gottes auf dieser Erde halten. Aber auch das wird ein sachliches politisches und christliches Gespräch sein und keine Diffamierung Andersdenkender.

Nun ist jedoch die Auseinandersetzung in mannigfacher Form entbrannt. In den letzten Wochen hat hierbei die Frage des Botschafterpostens beim Vatikan eine erhebliche Rolle gespielt. Wir haben nicht die Absicht, die damit verbundene Sachfrage zur Entscheidung zu stellen – wengleich wir nicht leugnen können, daß manche Stimme aus dem katholischen Lager (etwa der Aufsatz von J.O. Zöllner in der „Deutschen Tagespost“, Regensburg, vom 5./6.2.: „Deutsche Botschaft beim Vatikan“ oder der Artikel im „Echo der Zeit“ vom 7.2.: „Vor der Entscheidung“) uns fast an die Grenze der Möglichkeit weiteren Schweigens bringt. Aber davon soll jedenfalls heute nichts weiter gesagt werden.

Hier geht es um eine ganz andere Reaktion. Der Sozialdemokratische Pressedienst und, ihm folgend, die sozialdemokratische Tagespresse sprechen in diesem Zusammenhang von einem peinlichen Tauziehen. So heißt es z. B.: „Die Frage der Besetzung dieses wichtigen Postens wurde zu einem für die deutsche Bevölkerung unverständlichen und im Ausland peinlich wirkenden Streit darüber, ob ein Katholik oder ein Evangelischer die Bundesrepublik beim Vatikan vertreten solle. Vom Bundeskanzler und Außenminister bis zu den Fraktionsvorsitzenden und Abgeordneten der Koalitionsparteien, vom Kardinal bis zum Prälaten und vom Bischof bis zum Oberkirchenrat dominierte der Wille, aus einer personalpolitischen Entscheidung eine konfessionelle Frage zu machen... Der Bevölkerung fehlt das Verständnis dafür, wenn von der Regierung in zunehmendem Maße personalpolitische Entscheidungen nach konfessionellen Gesichtspunkten gesucht werden und durch das dauernde Erfragen und Herausstellen der Konfession dieses oder jenes Mannes im politischen Bereich der Eindruck entstehen muß, als ob sich die beiden christlichen Konfessionen in der Bundesrepublik mit tiefem Mißtrauen, wenn nicht in Feindschaft gegenüberstünden.“

Wir lesen das mit Erstaunen. Bisher hatten wir den Eindruck, daß in dem politischen Raum, den die SPD beherrscht, Fragen, wenn nicht der Konfession, so aber doch sonstiger Mitgliedschaften, etwa in politischen Parteien, eine erhebliche Rolle spielen. Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn...

Um aber auf die angebliche Überbetonung der Konfession zurückzukommen: Wir hören die Ermahnungen der Sozialdemokratie noch aus einem anderen Grunde mit einigem Erstaunen. Schließlich lesen wir ja auch Zeitungen, und unsere Ausschnittmappen sind einigermaßen in Ordnung. Im „Hamburger Echo“ vom 10.11.53 stand u. a.: „Entweder ist an den Darlegungen des Bundestagspräsidenten (im Bayerischen Rundfunk am 21.10.53; s. „Evangelische Verantwortung“ Nr. 9/53, S. 4 – Die Red.) etwas daran, oder der evangelische Bevölkerungsteil ist dem katholischen intelligenzmäßig weit unterlegen. Anders lassen sich die gegebenen Tatsachen nicht erklären. Denn nicht nur in der Fraktion der Regierungspartei und im Kabinett ist diese ‚unausgeglichene Konfessionsbalance‘ erkennbar, sondern weit mehr noch in den Bonner Regierungsämbtern und geradezu unglaublich in den Schlüsselpositionen.“ Und die ebenfalls sozialdemokratische „Hannoversche Presse“ schrieb am 23.10.53: „Darüber dürfte doch kein Zweifel sein, daß Ursprung und Zielsetzung auch der neuen Regierung Adenauer ganz stark in einer konfessionellen Bindung, und zwar an das katholische Glaubensdogma, wurzeln. Ob sich demgegenüber das protestantische Element mit der Aufrechnung von Zahlen wird behaupten können, scheint uns zweifelhaft. Aber vielleicht vermögen solch simple Zahlenvergleiche das viel zu langsam erwachende Gefühl des evangelischen Volksteiles für seine besondere Verantwortung, gerade auch innerhalb der CDU, gegenüber dem politischen Katholizismus stärker wachzurütteln.“ Das wurde zur gleichen Zeit geschrieben, als die SPD in Hamburg den Wahlkampf um die Bürgerschaft mit dem Hinweis auf eine drohende Gegenreformation und mit dem proklamierten Ziel der Verhinderung einer Ausdehnung der Macht des Kölner Kardinals bis an die Elbe zu gewinnen hoffte. – Die SPD mag uns verzeihen, wenn wir angesichts dieser Stimmen nicht so ganz an ihre Objektivität glauben, die sie in der Frage der Botschaft beim Vatikan plötzlich her-
auskehrt.

Doch hinter dieser ganzen Polemik steht ein viel grundsätzlicheres Problem. Es ist in einem Aufsatz von Willi Eichler: „Der Streit der Konfessionen“ in „Geist und Tat – Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur“ klar zum Ausdruck gekommen. Eichler fragt u. a.: „Kann es vom christlichen Standpunkt aus überhaupt bedeutsam sein, welcher Konfession die Funktionäre eines Staates angehören?“ Weiter heißt es: „Das Verkehrteste aber wäre zu glauben, mit diesem politischen Katholizismus eine Ehe eingehen zu können, um in politischer Gütergemeinschaft unter allgemein christlichem Vorzeichen mit ihm gleichmäßig an politischen Erfolgen zu partizipieren. Die Spekulation muß schiefgehen. Dazu ist der andere Partner viel zu beharrlich und erfahren im Erreichen und Festhalten politischer Vorteile; wobei hinzukommt, daß es für ihn grundsätzlich keine allgemein christliche Auffassung gibt, wie er z. B. in Spanien beweist.“ Und schließlich sei noch folgendes zitiert: „Eine christliche Politik wird für das Christentum nur werben können durch Taten, die christlichen Geist zeigen, die Mühseligen und Beladenen aufrichten und soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit verwirklichen. Der Streit um politische Posten nach konfessioneller Aufgliederung wird das Gegenteil hervorgerufen. Er wird nur den Eindruck erwecken, daß die Argumente einer ‚christlichen Politik‘ in sich unecht geworden sind. Das aber wäre der schlechteste Dienst, den ein politischer Katholizismus oder Protestantismus der Sache der Menschlichkeit erweisen könnte.“

Hier sind sie also wieder, die guten alten Parolen der sozialdemokratischen Vergangenheit: Politik aus katholischer Glaubensüberzeugung ist natürlich „politischer Katholizismus“ mit dem alleinigen Ziel der Erringung von Machtpositionen. Politik aus evangelischer Verantwortung, die den ihr gewiesenen Raum einzunehmen sich bemüht, ist der aussichtslose Versuch, den politischen Katholizismus in einem politischen Protestantismus zu kopieren. Die Bedeutung des Christlichen in der Politik – Eichler versteht seine Aufgabe als Werbung für das Christentum! – wird auf den Bereich des Sozialen und unmittelbar Menschlichen abgedrängt, ohne daß man irgendeine Beziehung zum Gesamtbereich des Politischen anerkennt. Ich kann mir nicht ganz versagen, darauf hinzuweisen, daß, als ich bei der Eröffnung des Hamburger Parteitages der CDU forderte, die Liebe zum Nächsten müsse das beherrschende Leitmotiv unserer Politik werden – also genau das aussprach, was Eichler als Inhalt christlicher Politik umschreibt –, das „Hamburger Echo“ antwortete: „Da hören wir es also wieder, das Wort von der ‚Liebe zum Nächsten‘, ein Wort, das mittlerweile zur abgestandenen Phrase geworden ist.“ Man könnte also beinahe auf den Gedanken kommen, daß es nicht nur um die Ablehnung eines politischen Katholizismus und Protestantismus geht, sondern weiterhin, wie einst, um die Verneinung einer Beziehung zwischen dem Glauben und der Politik überhaupt.

Wir sind demgegenüber von der uns aufgegebenen Verpflichtung überzeugt, in allen Fragen des politischen Lebens unseren Glauben nicht zu eliminieren und nach irgend welchen säkularen Prinzipien Politik zu treiben, sondern ihn auch und gerade in der Praxis der politischen Tagesentscheidungen zu bewähren. Dies wird geschrieben an dem Tage, an dem im Bundestag über die Gesetze zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau debattiert wurde. Kaum jemals zuvor ist die untrennbare Beziehung zwischen dem biblischen Verständnis von Ehe und Familie und der praktischen

politischen Entscheidung so sichtbar geworden wie hier. Damit, daß Dr. Dehler die Meinung vertritt, es sei nicht Aufgabe des Staates, die christlichen Vorstellungen zu schützen, ist die Frage nicht erledigt. Wir meinen eben, daß es keine saubere Auseinanderteilung von kirchlichem und staatlichem Bereich gibt. Auch wenn niemand wünscht, daß der Staat die Kirche oder die Kirche den Staat regiert, ist damit noch nicht ausgesagt, daß sie, die beide in ihrem besonderen Amt Träger öffentlicher Gewalt und beide an die gleichen Menschen gewiesen sind, so tun könnten, als ob sie nicht im engsten Miteinander und Durcheinander auf dieser Erde zu arbeiten hätten. Das gilt etwa für den ganzen Sektor der Erziehung, es gilt für die Gestaltung der sozialen Verhältnisse, es gilt schließlich für den Gesamtbereich des Politischen überhaupt.

Die Forderung einer reinlichen Scheidung von Kirche und Staat, die Dr. Dehler in der Haushaltsdebatte des Bundestages aufgestellt hat, löst das Problem nicht. Denn dahinter steht die Vorstellung - die immer aus Ideologien wächst -, daß es auf allen Gebieten staatlichen und politischen Lebens die richtige Politik gäbe, die man nur zu finden brauche, um die Probleme dieser Erde zufriedenstellend zu lösen. Im Bild einer solchen Ideologie, sei sie nun liberalistischer oder marxistischer Herkunft, wird der Glaube zu einer nur die Privatperson angehenden, vielleicht auch organisatorische Fragen zwischen Staat und kirchlicher Organisation aufwerfenden Angelegenheit, natürlich aber nicht zu einer das Leben des Staates durchdringenden und bestimmenden Größe.

Wenn wir von christlicher Politik reden, geht es uns weder um die „Werbung“ für eine Religion, noch um die Erringung von Einfluß und Machtpositionen für eine Organisation, sondern um die schlichte Umsetzung dessen, was wir als Christen von Gott aufgegeben bekommen haben, in die Praxis unserer staatlichen Gemeinschaft. Wir sind der vermessenen Ansicht, daß dies nicht ein Privatvergnügen einzelner, sondern die entscheidende Lebensgrundlage für die staatliche und politische Gemeinschaft überhaupt ist.

Es ist mißlich, daran von außen her herumzukritisieren. Wir meinen, daß die Zeit einer Politik aus christlicher Verantwortung nicht vergangen ist, sondern nach den Irrungen und Wirrungen von fast zwei Jahrhunderten wieder heranreift.

GEFÄHRLICHE ILLUSIONEN

Bemerkungen zu Dr. Thomas Dehler

von Dr. Hans Adolf Dombois

Als am 6. September die Sozialdemokratie einen nicht unverdienten Mißerfolg erlitt, richtete sich das Interesse aller Einsichtigen auf die Folgerungen und Wandlungen, die sich hier nunmehr ergeben würden. Niemand hat annehmen können, daß die sozialistische Bewegung von nun an dahinschwinden werde wie der Frühlings Schnee. Sie ist immer noch eine geistige und soziologische Größe, deren Aussichten von ihrer echten

Anpassungsfähigkeit abhängen, die jedoch nicht ohne weiteres hinweggedacht werden kann. Die großen Parteien sind keine willkürlichen Gebilde, sondern große geistige und soziologische Komplexe, die ganz bestimmten möglichen Grundeinstellungen entsprechen. Ihre Zahl ist weder beliebig zu vermehren noch zu vermindern.

Um so erstaunlicher sind gewisse Äußerungen, die der Fraktionsführer der Freien Demokratischen Partei, Dr. Thomas Dehler, vor einiger Zeit getan hat. Dehler hat sich durch seine rücksichtslose Ehrlichkeit auch die Anerkennung seiner Gegner erworben. Aber die Gabe der unanfechtbaren Formulierung ist ihm, wiewohl er Jurist ist, nicht gegeben. Er ist der am meisten dementierte Politiker in Deutschland. Er hat ein sehr lebhaftes Gefühl für Probleme und Druckveränderungen und ist darin einem Seismographen vergleichbar. — Doch welcher Seismograph hätte je verstanden, sich selbst abzulesen? — Und schließlich wird er von einem starken Pathos getragen, das ihn in die Nähe ideologischer Politik führt.

Das Problem, das Dehler immer wieder umtreibt und aufregt, ist das der christlichen Partei, praktisch der CDU/CSU. In diesem Zusammenhang sind kürzlich auch seine bereits erwähnten (undementierten) Äußerungen erfolgt, die bemerkenswert genannt werden können. Es ist gewiß Sache der CDU/CSU selbst, sich mit ihrem Koalitionspartner auseinanderzusetzen. Aber jenseits parteipolitischer Erwägungen hat die freie Öffentlichkeit ein unmittelbares Interesse daran, zu wissen, wie die einzelnen Parteiführer und ihre Gefolgschaft ihr Verhältnis zu den anderen Parteien und damit zur Gesamtheit auffassen. Genauer noch: Sie ist mehr an einem sinnvollen Zusammenwirken der Parteien als an jeder einzelnen von ihnen interessiert.

Dehler meinte: 1. die CDU/CSU sei ein verlängertes Zentrum; 2. sie werde in Zukunft keine maßgebliche Rolle mehr spielen; 3. man könne das Christentum nur als Basis, nicht aber als Inhalt politischen Handelns verstehen; und 4. die FDP sei die einzige Partei, deren christlicher Charakter nicht ernstlich bestritten werden könne. — In diesen Aussagen scheint mir ein politischer Illusionismus hervortreten, der in einem politisch so gefährdeten Volke wie dem unsrigen aufgedeckt werden muß.

Eine einfache geschichtliche Besinnung hätte Dr. Dehler zeigen müssen, daß die Zentrumspartei vom Ende des Kulturkampfes an mit nur kurzen Unterbrechungen, vor allem der Bülow'schen Blockpolitik von 1907, ein wesentlicher Bestandteil aller Regierungsmehrheiten in Deutschland gewesen ist. Die Geschlossenheit des politischen Katholizismus, seine Mittelstellung zwischen Rechts und Links, aber auch zwischen Liberalismus und Sozialismus, macht es praktisch kaum möglich, ihn aus der Mitverantwortung auszuschalten. Selbst wenn man also CDU/CSU und Zentrum einfach gleichsetzen könnte, wäre der Gedanke wirklichkeitsfremd, diese Größe auch nur als relativ unbedeutend zu betrachten. Der Kern der Dehler'schen Gedanken liegt offenbar in dem Bestreiten, daß man aus den Forderungen des christlichen Glaubens über die Motive hinaus inhaltliche Maßstäbe für das politische Handeln zu gewinnen vermöge. Eben dies ist jedoch die unzweideutige Lehre der römischen Kirche, der Dehler selbst angehört. Und mindestens seit den Tagen des Bekenntniskampfes ist es auch die gemeinsame Überzeugung der übergroßen Mehrheit bewußt evangelischer Christen, mögen sie eine solche politische Verpflichtung nun innerhalb oder außerhalb der CDU/CSU, mit ihr oder gegen sie zu erfül-

len versuchen. In diesem Punkte sind sich Ehlers, Niemöller und Heinemann völlig einig. Das ist eine für unsere heutige politische Situation grundlegende Tatsache. Man kann sie nicht einfach als Irrtum oder Selbstbetrug abtun. Wer sie übersehen will, kommt schnell in die Lage der Morgenstern'schen Phantasiegestalt, von der es heißt: „...weil, so schließt er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf.“ – Wenn Dehler es auf sich nimmt, sich von den Lehren seiner Kirche zu emanzipieren, so ist es doch sicherlich nicht sein Recht und seine Aufgabe, die Christen beider Bekenntnisse darüber zu belehren, wie sie ihre politische Verpflichtung zu erfüllen haben. Christliche politische Gruppen haben es, mit Ausnahme subalternen Köpfe, immer vermieden und vermeiden müssen, einen Anspruch auf Ausschließlichkeit zu erheben. In der Gemeinschaft der Kirche stehend, wußten sie zu gut, was damit aufs Spiel gesetzt worden wäre und wie viele Menschen anderer politischer Entscheidung in dieser Gemeinschaft ihr unaufhebbares Lebensrecht haben. Nun aber umgekehrt ein sehr begrenztes, geistig dem 19. Jahrhundert angehörendes Verständnis christlicher Ethik als die allein unanfechtbare Position auszugeben, heißt wirklich: die Dinge auf den Kopf stellen.

Zu den vielberedeten restaurativen Tendenzen gehört die Verkennung der unwiderruflichen Wandlungen, die sich gegenüber der Zeit vor 1933 ergeben haben. Eine Sozialdemokratie alten Stils ist nicht mehr möglich; darin ist die SPD gescheitert. Eine Zentrumsparterie alten Stils wäre ebenso unmöglich. Die Konfessionen sind in einer merkwürdigen Art wechselseitig voneinander abhängig geworden. Es ist sinnlos, sie trennen zu wollen, um sie zu beherrschen. Die Stellung der verfaßten Kirchen zum Staate hat sich ohne äußere Rechtsänderung ebenfalls gewandelt, wie auf der Tagung der Staatsrechtslehrer in Marburg erörtert worden ist. Damit hat sich zugleich auch die Stellung der Christen als soziologisch-politischer Gruppe verändert. Die Äußerungen Dehlers lassen von einem Verständnis für diese Tatsachen wenig erkennen.

Der Liberalismus hat nach Durchsetzung der meisten seiner Forderungen aufgehört, im 20. Jahrhundert die führende Rolle zu spielen, die er im 19. Jahrhundert innehatte. Er ist nirgends verschwunden. Jedoch, unfähig, eine große Volkspartei zu bilden, ist er überall nur noch eine geistig und soziologisch sehr begrenzte Minderheit. Gegen ihn, gegen die Zulänglichkeit seines Weltbildes und seiner Methoden, stehen starke geistige Mächte ebenso wie geschichtliche Erfahrungen, hinter die man nicht mehr zurück kann. Soll man boshaft sein und sagen, er sei heute nur noch die Weltanschauung der wohlmeinenden Ahnungslosen, einer Gruppe, die die Probleme des 20. Jahrhunderts mit denen des 19. zu lösen trachtet? – Jedenfalls ist seine Bindekraft gering und er selbst hat die Kräfte mit erzeugt, die seine Macht zu Grabe getragen haben. Alles dies aber sollte ein liberaler Parteiführer von heute wohlbedenken und sich entsprechend verhalten.

Unser politisches Parteiwesen bildet ein System, in welchem die vorhandenen Kräfte auf der Basis liberaler Verfassungsgrundsätze ein sinnvolles Verhältnis zueinander finden müssen. In diesem System kommt die geistige Spaltung zwischen Christen und Nichtchristen ebenso zum Ausdruck wie die Vielfalt soziologischer Gruppierungen. Daran ist mit politischen Programmreden nichts zu ändern. Man kann nicht von dem Kinderglauben leben, daß mit der nächsten Wahlentscheidung die armen verführten Schafe endlich in Scharen in den eigenen rettenden Stall einströmen werden. Mit gleicher

Nüchternheit müssen sich auch die christlichen Politiker darauf einstellen, daß es zahlreiche entschiedene Nichtchristen gibt, denen die Forderungen des christlichen Glaubens nicht einfach als Gesetz des Staates auferlegt werden können. Hier liegt das echte Problem der Toleranz. Doch sie setzt intellektuelle Redlichkeit voraus. Es gibt Menschen, denen das Geheimnis des Glaubens und der religiöse Bereich überhaupt mehr oder minder unzugänglich sind. Das schließt ernste Fragen ein und ist kein Grund zu pharisäischer Überheblichkeit. Wem diese Dinge aber verschlossen sind oder wenigstens sehr fernliegen, der sollte so ehrlich sein, Begriffe und Ansprüche aus diesem Raum in seinem Wortschatz zu streichen.

Auch der Liberalismus hat heute noch eine ganz bestimmte politische Funktion, wenn er seine Stellung als Minderheitspartei recht versteht. Seine Aufgabe besteht nicht darin, den starken Volksparteien ihr Lebensrecht zu bestreiten, sondern in der Wahrnehmung der großen Chance der Minderheit, durch überzeugende Persönlichkeiten und strenge Sachlichkeit zu wirken. Nur so kann er eine fruchtbare Bedeutung gewinnen und Illusionen vermeiden, die in der Verwirrung unseres politischen Lebens gefährlicher sind als anderswo.

UNTER DER VERPFLICHTUNG DES GLAUBENS

von Dr. Bruno Heck

Bundesgeschäftsführer der CDU

Zwischen 1933 und 1945 wurde das Bemühen der Christen, auch außerhalb der Kirchen auf die Gestaltung des Lebens einzuwirken, oft mit billigen Schlagwörtern zurückgewiesen. Mir erklärte einmal ein nationalsozialistischer Ministerialrat von der Kultusbehörde, als wir uns über die Berechtigung der konfessionellen bündischen Jugendorganisationen auseinandersetzten: es gäbe doch keinen katholischen oder evangelischen Fußball. Ich habe dem Herrn damals mit der ganzen Unbefangenheit eines Pennälers entgegengehalten: ich könnte mir allerdings auch nichts unter einem nationalsozialistischen Fußball vorstellen.

Als sich nun nach 1945 die politischen Kräfte wieder in den einzelnen Parteien formierten, hat ausgerechnet der sonst so geistreiche Staatsrat Professor Dr. Carlo Schmid zu dem Problem „Christentum und Politik“ nicht viel mehr zu sagen gewußt als: da es keine christliche Brezel gäbe, könne es auch keine christliche Politik geben.

Ich mache diese Vorbemerkungen nur, um von vornherein zu klären, daß hier nicht auf solch alberner Ebene über diese Frage gesprochen werden soll.

Wir sind uns dessen bewußt, daß es ein gefahrvolles Unterfangen ist, das politische Geschäft unter die Forderung der christlichen Botschaft zu stellen; das Wort und das Gesetz Christi sind hart, und jedem von uns wird es an jedem Tage gleich ergehen, wenn er sich ernst prüft: er wird mit den Jüngern sprechen müssen: „Herr, Deine Rede ist hart, wer kann sie hören?“ – Doch davon soll später die Rede sein.

Zunächst geht es um die Frage: Ist es überhaupt möglich, von einer christlichen Politik zu reden? Hat Politik nicht ausschließlich mit Macht zu tun? Und gerät das Christliche nicht in den diffamierenden Bereich des Diesseitigen, wenn von christlicher Politik gesprochen wird? - Nun, wir sind der Auffassung, daß es in der Politik allzulange nur um die Macht gegangen ist und daß es gerade deswegen heute nicht noch einmal in erster Linie um die Macht gehen darf, sondern ihre Bändigung und Einordnung das Entscheidende sind. Von hier aus ist zu fragen, ob der Christ überhaupt das Recht hat, sich nicht um Politik zu kümmern; und diese Frage erhebt sich heute um so drängender, als wir in den vergangenen Jahrzehnten, ja in den vergangenen Jahrhunderten erfahren haben, daß eine rechte Ordnung der Dinge dieser Welt, eine rechte Ordnung des Staates und die Bändigung der Macht von den Kräften auf alle Fälle nicht erreicht worden ist, die in hochmütiger Selbsteinschätzung von der Autonomie des Menschen und damit von der Autonomie der Macht her versucht haben, das Zusammenleben der Menschen zu ordnen, an dessen dämonische Kräfte sie nicht glauben wollten.

Solange Gerechtigkeit eine christliche Tugend ist, kann der Christ nicht losgesprochen werden von der Pflicht, in seinem engeren und weiteren Lebens- und Wirkungsbereich - d. h. in seiner Familie, seinem Beruf, seiner Gemeinde und seinem Lande - darum besorgt zu sein, daß es gerecht zugehe. Genau das aber meinen wir, wenn wir heute von christlicher Politik sprechen. Wenn wir uns als eine christliche Partei bezeichnen, dann nicht deswegen, weil wir etwa pharisäisch von uns behaupten wollten, daß wir dadurch, daß wir uns christlich nennen, besser seien als die übrigen Parteien. Wir möchten damit nur sagen, daß wir uns redlich darum bemühen wollen, unsere politischen Ziele und unser politisches Handeln am christlichen Welt- und Menschenbild zu orientieren; in diesem Bekenntnis liegt also auch eine Verpflichtung im Hinblick auf die von uns betriebene Politik. Für uns gibt es den Satz nicht, daß die Politik ihre eigene Moral habe und daß der Zweck die Mittel heilige - wenngleich hier auch einmal darauf hingewiesen werden soll, daß manche Zwecke manche Mittel rechtfertigen.

Es ist sicher ein sehr großes Wagnis für eine Partei, sich christlich zu nennen; sie erklärt damit vor aller Öffentlichkeit, daß sie bereit ist und daß ihre Repräsentanten bereit sind, sich von den Kirchen und von der Öffentlichkeit darauf hin vernehmen zu lassen, ob ihr Handeln und ihre Ziele nicht von eigensüchtiger Interessenwirtschaft und materiellem Gruppenegoismus diktiert werden. Kirchen und Öffentlichkeit können und müssen dem Anspruch einer christlichen Politik gegenüber immer wieder die Forderung hochhalten, daß dann Gott die Ehre gebührt und nicht den Menschen, und daß der Gehorsam groß ist und nicht die Herrschsucht.

Eines ist sicher: Wir Menschen sind zu schwach, dem harten Gesetz Christi, das auch für die Ziele und die Methoden der Politik gilt, zu genügen; und wir werden immer in der Gefahr sein, „Herr, Herr“ zu sagen, aber den Willen des Vaters nicht zu tun - uns widerfährt hier eben im politischen Raum, was uns im persönlichen Bereich tagtäglich begegnet. Wir meinen jedoch, daß wir, obwohl wir um unser Ungenügen wissen, angesichts der bösen Erfahrungen der Vergangenheit verpflichtet sind, auch das politische Geschäft vor Gott zu verantworten und uns vor der Öffentlichkeit unter diese Verantwortung zu stellen; die Eigenverantwortlichkeit des Menschen hat uns an den Rand des Abgrunds geführt, und an Herrn Rousseau vermögen nach solchen Erfahrungen nur noch unverbesserte Utopisten liberaler oder marxistischer Prägung zu glauben.

(Deutsches Monatsblatt)

EVANGELISCHE GEDANKEN ZUR FAMILIENPOLITIK

von Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje DD

Sind Ehe und Familie noch das, was man im 19. Jahrhundert als Ehe und Familie bezeichnet hat? Sind die Tugenden, die man dazu rechnete, überhaupt noch zu verwirklichen, sind sie noch anwendbar oder nicht?

Weil man das Wort „Ehe und Familie und was dazu gehört“ heute offensichtlich nicht mehr so selbstverständlich aussprechen kann, wie es im vergangenen Jahrhundert geschah, gibt es Familienpolitik. Ein ganz neues Gebiet tritt damit in unseren Gesichtskreis; und es ist vielleicht charakteristisch für die Zeit, in der wir leben, daß das gesamte Familienproblem zunächst auf dem Umweg über Steuer- und Finanzfragen und die damit zusammenhängende Gesetzgebung öffentlich erkennbar wird. Letztlich sind solche Dinge jedoch nur Symbol eines tieferen Zusammenhanges: In unserem revolutionär veränderten Sozialbild droht die Familie in ein völlig schiefes Blickfeld zu geraten.

Ein Beweis dafür, daß man dieses Problem begriffen hat, ist u. a. die Tatsache, daß sich Familienorganisationen bilden. An sich ein unerfreulicher Tatbestand: gerade die Familie sollte etwas sein, was sich von vornherein jedem Versuch der Organisierung widersetzt; aber es ist ein Symptom. So hat in Frankfurt a. M. vom 27. bis 29. März des vergangenen Jahres die Union Internationale des Organismes Familiaux (UIOF), d. h. ein Zusammenschluß von Familienorganisationen aus vielen Ländern, getagt. Auf deutschem Boden gibt es den Deutschen Familienverband und – weil das einfach unerläßlich erschien – auch schon eine Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, die am 10. Dezember 1953 in Bethel gegründet worden ist. Ihre Bildung wurde deswegen unerläßlich, weil man an dieser Stelle der katholischen Kirche bezeugen mußte, was man ihr nicht immer bezeugen kann: daß sie den Lauf der Zeit sehr genau verstanden und sich sowohl um den Deutschen Familienverband bemüht, als auch in einer eigenen Organisation versucht hat, ihren Beitrag zu leisten. Und wenn die Bundesregierung sich ein eigenes Ministerium für diese Fragen geschaffen hat, so beweist sie damit nur, daß sie in diesem Punkte sehr wach und für die konkreten Fragen unserer augenblicklichen Situation aufgeschlossen ist. Von der allgemeinen Formulierung des Problems führt die Fragestellung ja weiter in den Bereich der Finanz- und Steuerpolitik, z. B. hinsichtlich Familienbeihilfe und Familienausgleichsabgabe, sowie in das ganz gewiß wichtige Gebiet der Wohnungspolitik; und endlich hat sich das Problem auch noch ausgeweitet im Hinblick auf den Fragenkomplex einer rechtlichen Abschirmung der Familie.

Es ist eine der Tendenzen der fortschreitenden technisierten Entwicklung der Welt, daß die Familie als Urzelle zersprengt wird. Der moderne Arbeitsprozeß nimmt auf die Familie zunächst überhaupt keine Rücksicht, ob es sich nun um den Wohnsitz oder um die Arbeitszeit der Familienmitglieder u. a. m. handelt. – Wenn wir so naiv vom Tischgebet reden, setzt dies eine Familie voraus, die in der Lage ist, sich regelmäßig bei den Mahlzeiten zu treffen. Das ist in der Praxis kaum noch gegeben. Hier tritt uns also eine von jenen ernstesten Fragen entgegen, die daraus resultieren, daß der technisierte Arbeitsvorgang unserer Tage vielfach den grundsätzlichen Voraussetzungen für ein gesundes Familienleben entgegensteht. – Oder denken wir an das andere große Problem der familienähnlichen Verhältnisse, die die rechtliche Sicherheit der Familie nicht anstre-

ben, weil entscheidende wirtschaftliche Erwägungen es nicht als empfehlenswert erscheinen lassen. Und schließlich die Frage der Kinderzahl!

Aus der simplen Tatsache, daß sich die Familie nicht mehr ohne weiteres treffen kann, wie sie will, ergibt sich sofort eine Reihe schwerwiegender Probleme. Z. B.: Wo bleibt die Autorität des Vaters? Wir reden den Vater in der Kirche fortgesetzt auf die Autorität hin an, die er ausüben muß. Wo und wann soll er sie aber ausüben, wenn das mühelose, das regelmäßige, das nicht forcierte Zusammensein mit der Familie gar kein selbstverständlicher Vorgang mehr ist?

Die Frage der Unauflöslichkeit der Ehe steht aufs neue von einer ganz anderen Seite her zur Diskussion. Es geht um die Fragen der Eheschließung und der Bewertung der Ehe überhaupt.

Wenn aber solche Probleme in unserem öffentlichen Bewußtsein so deutlich auftauchen, dann ist es sicherlich die Pflicht des evangelischen Christen, an ihrer Lösung mitzuarbeiten, so wie er großen und wichtigen Aufgaben des öffentlichen Lebens eine Mitarbeit schuldig ist. Und hier muß er es in besonderer Weise tun, weil die Familie zu denjenigen Ordnungen Gottes gehört, die einfach grundlegende Bedeutung für das ganze Leben des Christen haben. Er kann eigentlich keinen Satz seines Glaubens aussprechen, ohne auf diese Realität zu stoßen, die im vierten Gebot gemeint ist.

Es muß demnach zu irgendeiner Beteiligung an der Arbeit des Familienverbandes kommen, daran ist kein Zweifel. Man muß sich klarmachen, daß es in einem Zeitalter der Massenbewegung ohne Organisationsformen überhaupt nicht möglich ist, öffentlich mitzuarbeiten. Die römische Kirche ist hier von Anfang an sehr aufmerksam gewesen, weil sie eine Wiederkehr des Bundes der Kinderreichen nicht für richtig hielt – und jeder weiß ja, was geschieht, wenn derartige Fragen nicht sorgfältig, auch nach der Glaubenseite hin, bedacht werden: Im Handumdrehen wird aus einer solchen Organisation ein Instrument der Bevölkerungspolitik, während es sich hier wirklich um etwas anderes handelt.

Wir müssen in der gleichen Weise bereit sein zur Mitarbeit an allen Aufgaben der Familienpolitik, einschließlich ihrer finanziellen und steuerlichen Konsequenzen – und jeder weiß, wie viel mühevoll und gewissenhafte Arbeit hier notwendig ist. Ich erinnere an das Lastenausgleichsgesetz, das in seinem Ansatz und in seiner Durchführung in vielen Punkten einfach Geist vom Geist der Inneren Mission gewesen ist. Auf der gleichen Linie liegt die Verpflichtung, die wir auf dem Gebiete der Familienpolitik mit all den angedeuteten Konsequenzen haben. Und von der Familienpolitik im engeren Sinne greift die gesetzgeberische Aufgabe – wie schon angedeutet – hinüber in den Bereich der rechtlichen Sicherheit der Familie. Wir kennen die öffentliche Diskussion über die Fragen des Ehe- und des Familienrechts, die unter uns geführt wird.

Wenn ich als erste Aufgabe die redliche Beteiligung an den organisatorischen Bemühungen genannt habe, so kommt als zweite Aufgabe die Erarbeitung einer Stellungnahme zu den wichtigsten Grundsatzproblemen hinzu: Was meinen wir, wenn wir die Familie die Urzelle des Staates nennen? In welcher Weise ist dieser christliche Standpunkt für den Gesetzgeber zugänglich und auswertbar?

Die totalitären Systeme leben davon, daß sie ihn grundsätzlich verleugnen; ebenso ist die Verleugnung des vierten Gebotes ein unaufgebbares Requisit totalitären Denkens. - Hier stehen wir vor der Frage, wie sich denn die Familie, wenn sie die Urzelle des Staates sein soll, zum Staate selbst zu verhalten hat. Inwiefern kann sie im Staate und, wenn es sein muß, gegenüber dem Staate etwas Besonderes in Anspruch nehmen? Der Christ darf sich in diesem Zusammenhang nicht ohne weiteres auf das Elternrecht berufen. Das ist eine Formulierung des Heiligen Thomas von Aquino, dem wir nicht in jeder Hinsicht zu folgen vermögen. Der evangelische Christ spricht, wenn er sich genauer ausdrückt, von der elterlichen Verantwortung, die ihm durch das vierte Gebot auferlegt ist; denn das vierte Gebot muß auch von den Eltern erfüllt werden - d.h. es müssen auch Eltern da-sein, die die von Gott formulierte Autorität realiter wahrnehmen und die, eben darum, weil sie Verantwortung für das Seelenheil ihrer Kinder tragen, im Staate keine beliebige Position einnehmen können.

Von diesem grundsätzlichen Ansatzpunkt aus ergibt sich die Notwendigkeit, eine durchdachte Stellungnahme zu dem großen Problemkreis, der mit Kinderreichtum, Neomalthusianismus, Geburtenregelung und verwandten Fragen zusammenhängt, zu erarbeiten. Und nicht zuletzt ist eine Klärung des Problems der anomalen Fälle erforderlich, d.h. etwa die Entwicklung deutlicher Vorstellungen über die Situation des unehelichen Kindes, der nicht regulär vollzogenen Ehe usw.

Zu den genannten Aufgaben tritt endlich noch ein drittes Aufgabengebiet:

Da ist zunächst die Frage, woher der Mensch die rechte Verantwortungsfähigkeit nehmen kann, die die einzig tragfähige Basis für den Willen zum Kinde darstellt. Der große Irrtum der totalitären Systeme beruhte, wenn sie den Willen zum Kinde zu fördern versuchten, darin, daß sie von einem eigenen Vitalismus ausgingen, daß sie meinten, die Vitalität brauche nur stimuliert zu werden, um auch den Willen zum Kinde wieder wach werden zu lassen. Der Vitalismus ist aber niemals eine ausreichende Basis, um den Willen zum Kinde ernsthaft zu wecken. Das kann auf die Dauer nur dort gelingen, wo echte Verantwortungsfähigkeit vorhanden ist; und damit hängt auf das engste zusammen, daß zu einer wirklich gesunden, wachsenden Familie unbedingt Lebensmut und Lebenszuversicht gehören. Ohne diesen Mut zum Leben hat alles Reden vom Kinde gar keinen Sinn. Die Familien mit sehr schwachem Kindernachwuchs sind aus einer Traditionsreihe hervorgegangen, in der ein selbstverständlicher, unreflektierter Mut zur Existenz nicht mehr bestand. Wir sehen uns damit der Frage gegenüber, was der Mensch glaubt; denn die Frage, woher Lebensmut und Lebenszuversicht kommen, ist die Frage nach den Voraussetzungen und Fundamenten eines Menschenlebens überhaupt. Dies ist einer der wichtigsten Gedanken, die der evangelische Christ dem Gespräch beizusteuern hat.

Da ist die weitere Frage nach der Gemeinschaftsfähigkeit des Menschen. Das Problem der Familie ist ja nicht nur ein Problem ihres Zustandekommens, also der Kinder, sondern auch ein Problem der Aufrechterhaltung und Durchführung der Ehe. Und hier liegt wohl der Kernpunkt in der mangelnden Gemeinschaftsfähigkeit des Menschen von heute. Es gehört zu den Erscheinungen der technisierten Entwicklung unseres Lebens überhaupt, daß der Mensch immer mehr atomisiert wird, daß er auf der einen Seite immer mehr dem Du begegnet, aber andererseits diesem Du auf die Dauer immer weniger begegnen kann - daß er im Grunde nur noch sich selbst gegenübersteht. Wir pflegen das als

„Kontaktarmut“ zu bezeichnen. Für Ehe und Familienleben ist diese mangelnde Gemeinschaftsfähigkeit naturgemäß eine entscheidende Frage; sie ist wohl die eigentliche Ursache für den lautlosen Zerfall mancher Ehe.

Eine Mitarbeit der evangelischen Christenheit an dem gesamten Fragenkomplex der Familie kann selbstverständlich immer nur von bestimmten evangelischen Fundamentalien aus erfolgen. Dazu gehört vor allem die große Vorentscheidung, daß wir die Ehe als Gottes Ordnung ansehen und damit über das ganze Gebiet nicht nur so reden können wie der Mediziner, der Soziologe, der Steuerpolitiker oder dergleichen Spezialisten mehr.

Zu den großen Gedanken Luthers über die Ehe gehört auch der interessante Gedanke, daß sie eine Form der Askese sei. Luther greift dabei auf den ursprünglichen Sinn der Askese zurück. Askese bedeutet Übung im Glauben und Gehorsam. Die Ehe ist eine großartige, von Gott dem Menschen angewiesene Stätte der Askese; der Mensch treibt, indem er sich in diese Ordnung Gottes einfügt, Askese, weil er hier die „tribulationes“ auf sich nimmt, die ihm zugeordnet sind. Die Ehe ist eine Stätte, wo der Mensch im Laufe der Zeit aller heroischen Pose entkleidet wird; hier ist die Grenze des bloßen Vitalismus erreicht. Der Vitalismus reicht nicht aus, um eine Ehe zu begründen oder zu erhalten. Wenn die Menschen älter werden, entfällt das vitale Denken; und wenn man nicht vorher die anderen Gründe kennt, warum man beieinander bleibt, dann bleibt man aus Gründen der Vitalität bestimmt nicht zusammen, oder – was das Allerschlimmste ist – man markiert das Zusammenbleiben. Man hat sich auseinandergelebt. Man hat sich nichts mehr zu sagen. Die Ehe ist lautlos zerfallen...

Wenn das, was hundertfach sich so vollzieht, nicht geschehen soll, muß es andere Prämissen als den Vitalismus für die Ehe geben – und das meint Martin Luther mit der Lehre, daß die Ehe ein Bereich der Askese sei. So spricht er vom Windelwaschen und davon, daß es nicht gut riecht in der Stube, in der Windeln aufgehängt werden, also von ganz massiven Sachen, um damit zu sagen: So, lieber Freund, das ist das, was Gott der Herr dir anbietet in der Ehe; hier ist der Alltag, wo es ernst wird; wenn du dich da nicht bewährst, dann sind alle heroischen Stätten der Bewährung uninteressant, weil sie unecht sind. Der Mut, dem Alltag zu begegnen, gehört zu den wichtigsten Merkmalen dieses Denkens über die Askese.

In Ehe und Familie kommt die Dienstbereitschaft des Christen zum Ausdruck: Die Ehe ist von Gott eingesetzt, um Schöpfung und Kirche zu erhalten. Gott will immer wieder neue Glieder seiner Kirche auf Erden haben. Darum soll es Kinder auf der Erde geben. Die Ehe tut also einen Gottesdienst, indem sie die neuen Menschen zur Verfügung stellt, die in Schöpfung und Kirche Gott die Ehre geben sollen. Und ebenso ist diese Bereitschaft zum Dienst die Voraussetzung für das rechte Verhältnis zwischen den Ehegatten und zwischen Eltern und Kindern.

Das ist das genaue Gegenteil der Auffassung, die die Ehe als eine göttliche Ordnung des Menschen versteht, sich selbst zu perfektionieren, indem er den Partner nur als eine wohltuende Ergänzung der eigenen, so beachtlichen Persönlichkeit ansieht. Gerade das ist er nicht, sondern jeder ist dazu da, dem anderen zu dienen und zu helfen, damit – wie es so schön heißt – „eines das andere mit sich in den Himmel bringt“.

Hier liegt eine grundsätzliche Grenze der finanziellen, steuerlichen und rechtlichen Betrachtungsweise. Die wirtschaftlichen und rechtlichen Gedankengänge auf diesem Gebiet sind nicht unbegründet – und man muß dankbar sein, daß darüber bereits sehr ernsthafte Erwägungen vorliegen. Aber trotzdem: keine Steuererleichterung, die der Kinderreiche etwa bekäme, könnte äquivalent sein der echten Freude an den Kindern. Sie ist eine inkommensurable Größe. Der Luxus der Kinderlosen ist eine melancholische Angelegenheit, verglichen mit solch handfester Freude, auch wenn diese mit einer Reihe von Unbequemlichkeiten verbunden ist. Wir dürfen in unserem Denken niemals so weit von Gottes Wegen abkommen, daß wir die Kategorien verwechseln. Die ursprüngliche Freude in einem Hause, in dem Kinder sind, die es mit Leben erfüllen, ist immer noch besser als alles, was ein rein wirtschaftlicher Ausgleich bieten kann.

Die Quelle, aus der die Familie lebt und sich erneuert, ist eine Quelle, die durch keine wirtschaftlichen oder rechtlichen Erwägungen erfaßbar ist: die L i e b e. Es muß in dieser Welt konkrete echte Liebe geben – man muß aussprechen, was so selbstverständlich klingt und wovon wir manchmal doch so weit entfernt sind –: die Liebe des Vaters zur Mutter und der Mutter zum Vater, und die Liebe der Eltern zu den Kindern und der Kinder zu den Eltern.

Wir sollten uns klarmachen, daß Ehe und Familie eine der wesentlichsten Stätten sind, wo der Mensch sich wirklich zu bewähren hat, so wie er sich nur noch an wenigen anderen Punkten bewähren muß. Kein Wort, keine große Erklärung, kein Prinzip, keine ethische Haltung sind glaubhaft, die nicht zu Hause glaubhaft sind. Die entscheidende Bedeutung aber, die die Familie heute hat, liegt darin, daß sie eine Stätte sein kann, da ein Zeichen aufgerichtet ist gegen eine der schwersten geistigen Hypotheken unserer Gegenwart: die Weltangst und Lebensangst. In einer richtigen, gesunden, im christlichen Sinne gesunden Familie herrscht eine Atmosphäre, in der Weltangst und Lebensangst entmächtigt sind. Im Grunde ist der Wille zum Kinde, christlich gesehen, ein Ausdruck für das Dennoch des Glaubens; denn im allgemeinen sind die rationalen Prämissen ungünstig für die Gründung einer Familie, für das Kinderhaben und für alles, was zu einer echten Familie gehört. Die Familie ist eine Stätte, an der die Kirche, über den sonntäglichen Gottesdienst hinaus, real wird. Die Familie ist nicht nur die Urzelle des Staates, sondern auch die Urzelle der Gemeinde. Und keine Gemeinde Christi ist in Ordnung, in der nicht diese Urzelle die Quelle ist, aus der konkrete Gemeinde auf Erden sich erneuert.

Vorstehende Ausführungen wurden einem umfassenden und grundlegenden Referat über „Evangelische Gedanken zur Familienpolitik“ entnommen, das Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje DD als Präsident des Central-Ausschusses für die Innere Mission vor der Jahresversammlung des Central-Ausschusses in Hamburg am 26. Januar hielt.

In unserer nächsten Ausgabe bringen wir einen Beitrag von Staatssekretär Dr. Walter Strauss (Bundesjustizministerium) zu dem Thema: „Fragen des neuen Familienrechts in evangelischer Sicht“.
Die Red.

POLITISCHER QUERSCHNITT

B e r l i n . . .

Ausgeschlagener Preis

Der Ablauf der Außenministerkonferenz war niederdrückend. Man muß sich damit abfinden, daß die deutsche Wiedervereinigung in absehbarer Zeit nicht erreicht werden kann. Die Verantwortung hierfür trägt die sowjetrussische Politik. Nirgends in der Welt besteht ein Zweifel darüber. Vor Beginn des Vierertreffens war mancher der Meinung, Moskau werde bereit sein, die Sowjetzone freizugeben, wenn ihm nur ein angemessener Preis dafür angeboten werde. Auch noch während der Konferenz wollten zahlreiche, z.T. international sehr erfahrene Beobachter von dieser Hoffnung nicht ablassen. Gegen Ende der Konferenz aber herrschte wohl in allen Lagern die Überzeugung vor, daß mit einem Einlenken des Kreml vergebens gerechnet worden war. — Dabei hatten die Westmächte einen nicht geringen Preis angeboten. Sie waren bereit, der Sowjetunion jede Sicherheit zu geben, daß sie nicht Objekt einer Aggression sein würde. Aber Molotow hat diesen Preis ausgeschlagen. Er wollte mehr als eine Sicherheitsgarantie...

So sind denn im Verlauf der Viererkonferenz gewisse Elemente der Moskauer Politik immer deutlicher hervorgetreten. Selbst wer sie nicht genau erkannte, hat ihre Auswirkungen gespürt. Ein klares Bild kann man jedoch nur gewinnen, wenn man von der sowjetischen Betrachtungsweise ausgeht, die besagt, daß sich das deutsche Problem nicht isoliert behandeln lasse.

Konzeption ohne Konzession

In der Tat ist die weltpolitische Konzeption des Kreml auf der Berliner Konferenz ziemlich deutlich sichtbar geworden. Um sie auf einen Nenner zu bringen: Die neuen Machthaber in Moskau suchen nach einer allgemeinen internationalen Entspannung. Sie möchten zwischen der Sowjetunion und der übrigen Welt wieder urbane Verhältnisse herstellen. Insbesondere wünschen sie, auf den Weltmärkten wieder ins Geschäft zu kommen. Aber dies alles wollen sie erreichen auf der Grundlage des territorialen status quo. Wenn dieser status quo verändert werden soll, dann nach ihrem Willen, d.h. zugunsten der Sowjetunion. Nach Ansicht des Kreml hat also die machtpolitische Lage der Welt keine so einschneidende Veränderung erfahren, daß er seine eigene machtpolitische Stellung zu revidieren oder gar zu korrigieren hätte. Man wird wohl damit rechnen müssen, daß auch in den kommenden Jahren alle Überlegungen Moskaus hier ihren Ausgang nehmen werden.

Angelpunkt China

Auf die aktuelle Lage übertragen, ergab sich folgendes Bild: Fraglos hat der Kreml mit dem Gedanken gespielt, mit Hilfe der Viererkonferenz Keile zwischen die Westmächte zu treiben. Die Meinungsverschiedenheiten in den asiatischen Fragen schienen ihm hierfür ein besonders geeignetes Angriffsfeld zu bieten.

Darüber hinaus hatte der Kreml aber offensichtlich auch das Bedürfnis, sich gegenüber Peking in die Rolle des zuverlässigen und mächtigen Freundes hineinzuspielen. Er hat das nötig, denn seine Wirtschaftshilfe für Rotchina ist steckengeblieben; und auf der anderen Seite machen sich in Washington starke Strömungen bemerkbar, die auf eine Änderung der amerikanischen Politik gegenüber Rotchina abzielen. Sie gehen davon aus, daß es möglich sein müsse, Mao Tse Tungs Verhältnis zu Moskau zumindest zu lockern. Molotow hat deshalb in Berlin sehr planmäßig und intensiv um die Stellung Sowjetrußlands in Peking gekämpft. Aus diesem Grunde wurde auf östlicher Seite von Beginn des Außenministertreffens an erklärt, es sei zweifelhaft, ob Deutschland überhaupt das zentrale Problem der Konferenz bilden werde.

Stalins Vermächtnis

Die Außenminister der Westmächte haben ihren sowjetischen Kollegen mit seinem Versuch, sie aufzuspalten, nicht zum Zuge kommen lassen. Molotow sah sich, insbesondere in den europäischen Fragen, stets einer einheitlichen Front gegenüber. So gelang es, ihn verhältnismäßig schnell zu einer eingehenden Aussprache über die deutsche Wiedervereinigung zu zwingen. Auch hierbei hat er Farbe bekennen müssen:

Zunächst zeigte sich, daß die Moskauer Deutschlandpolitik sich in den letzten zwei Jahren nicht geändert hat. Molotow legte den Entwurf zu einem Friedensvertrag vor, den seine Regierung bereits 1952 den Westmächten unterbreitet hatte. Dieser Entwurf

war also noch mit der Zustimmung Stalins zustande gekommen. Auch Stalins Tod hat demnach eine Wandlung der sowjetrussischen Deutschlandpolitik nicht nach sich gezogen. Der Entwurf wurde noch durch drei Punkte verschärft, die Molotow in Berlin hinzufügte: Die Streitkräfte, die einem Gesamtdeutschland zugestanden werden sollen, wollte der russische Außenminister jetzt auf innere Aufgaben und lokalen Grenzschutz beschränken. Ferner sollte ein wiedervereinigtes Deutschland keine Koalitionen, Bündnisse oder Abkommen eingehen dürfen, die in Widerspruch zu dem Friedensvertrag stehen würden. Diese Bestimmung muß wie viele andere gelesen werden, indem man dem bolschewistischen Jargon dabei Rechnung trägt. Dann besagt sie, daß Gesamtdeutschland sich in keine Abmachungen mit dem Westen einlassen dürfe und die bisherigen Verträge über NATO und EVG aufgegeben werden müßten. Jede gesamtdeutsche Regierung sollte dadurch mit einer Hypothek belastet werden, die ihre Handlungsfähigkeit im Sinne der sowjetischen Politik einschränken würde.

Auch an diesem Punkt wurde deutlich, weshalb Molotow zuerst die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, danach Verhandlungen über einen Friedensvertrag und erst dann Wahlen forderte. Bevor aus freien Wahlen eine gesamtdeutsche Regierung hervorgehen würde, sollte sie bereits im Sinne der Moskauer Bedingungen für den Friedensvertrag gebunden sein. Um so nachdrücklicher mußten die westlichen Außenminister darauf bestehen, daß die Wiedervereinigung mit freien Wahlen zu beginnen habe; denn solange nicht ein in Gesamtdeutschland freigewähltes Parlament und eine auf dieser Basis gebildete Regierung vorhanden sind, gibt es keine Regierung, die ein Mandat des gesamten deutschen Volkes besitzt.

Die Sicherheitsfalle

Molotows Friedensvertrag forderte ferner die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Er sah aber auch die Errichtung eines politischen und eines militärischen Beratungsorganes der europäischen Länder vor, die sich in einem von dem sowjetischen Außenminister vorgeschlagenen Sicherheitssystem zusammenschließen sollten. An diesem Sicherheitssystem sollten die Vereinigten Staaten nur als Berater beteiligt sein - dies jedoch wiederum nur um den Preis, auch Rotchina als Berater aufzunehmen. Damit wären die USA aus Europa hinausgedrängt und die Sowjetunion hätte ihre Stelle einengenommen. Ihr wirtschaftliches und militärisches Potential würde den „Europablock“ erdrücken. Man kann sich ausmalen, wie es in dem politischen und in dem militärischen Beratungsorgan zugehen würde. Die Sowjets mit ihren Satelliten würden hier sehr schnell die Macht an sich reißen. Praktisch lief deshalb Molotows Plan darauf hinaus, den Einfluß der Sowjetunion über die Elbelinie hinweg bis zu den Pyrenäen auszudehnen.

Gleiche expansive Absichten lagen den sowjetischen Vorschlägen hinsichtlich Deutschlands zugrunde. Auf der Berliner Konferenz ist unbestreitbar zutage getreten, daß der Kreml zu einer Wiedervereinigung nur bereit war, wenn sie unter seinem Vorzeichen erfolgte. Darum Molotows unausgesetzte und massive Angriffe nicht nur gegen die EVG, sondern gegen die Bundesrepublik überhaupt. In seinem Sinne sind Faschisten und Kriegstreiber nicht nur Dr. Adenauer, die Bundesregierung und die Regierungsparteien, sondern ebenso sehr Erich Ollenhauer und die SPD, Walter Freitag und der DGB. Demokratisch ist nur, wer die Politik Moskaus bejaht.

Handlanger des Kreml

Molotow hatte aber für den Fall, daß die Wiedervereinigung unter sowjetischem Vorzeichen nicht erreichbar war, auch eine Alternative mitgebracht: So waren schon in einem frühen Stadium der Vierergespräche Bemerkungen zu vernehmen wie die, daß die Sowjetunion gute kulturelle Beziehungen zu Frankreich unterhalte und daher nicht einzusehen sei, weshalb sie solche Beziehungen nicht auch zu Westdeutschland unterhalten sollte. Hier trat also bereits die These auf, daß Deutschland nun einmal in zwei Hälften mit unterschiedlicher innerpolitischer Struktur zerfallen sei und man dieser Tatsache Rechnung tragen müsse. Im späteren Verlauf der Konferenz hat Molotow das offen ausgesprochen. Der Gedanke, daß die Berliner Konferenz auf der Grundlage des status quo auseinandergehen werde, war in diesem Zusammenhang zweifellos klar vorgebildet.

Das Zusammenspiel zwischen Molotow und dem Grotewohl-Regime war denn auch so eng und so sorgfältig abgestimmt, daß auch von hieraus niemand mehr zu der Annahme gelangen konnte, der Kreml sei je bereit gewesen, das Pankow-Regime oder die SED fallen zu lassen. Was Grotewohl vor der Volkskammer sagte, wiederholte der sowjetische Außen-

minister am nächsten Tage am Verhandlungstisch. Was die Zeitungen der sowjetischen Besatzungszone propagandistisch vorbereitet hatten, kam eines Tages im Konferenzsaal zum Vorschein. Damit erwies sich die Auffassung als irrig, man könne das, was die Sowjetzonenpresse schreibe, nicht als Ausdruck der offiziellen Moskauer Politik unterstellen. So hat das Regime Grotewohl anlässlich des Außenministertreffens vor aller Welt nochmals eindeutig demonstriert, daß es nichts anderes ist und sein will als ein ausführendes Organ des Kreml.

Die Gesamtbilanz der Berliner Konferenz ist infolgedessen trostlos. Immerhin hat sie aber weitgehende Klarheit darüber geschaffen, wozu die Sowjetunion beim gegenwärtigen Stand der Weltpolitik nicht bereit ist, und daß sie andererseits ihre expansiven Ziele weder in Deutschland noch in Europa aufgegeben hat. Auch eine solche negative Lehre kann von Nutzen sein.

v. L.

UNS WIRD GESCHRIEBEN

Familienrechtsreform - auch wir sind gefragt!

Eine Anmerkung zu der Leserzuschrift von H. Frost in Nr. 10/53

Herr Frost stellt in seinem Eingesandt die Familienrechtsreform als eine der großen Aufgaben heraus, deren Lösung vom Zweiten Deutschen Bundestag erwartet werden muß. Er erinnert insbesondere die evangelischen Christen an ihre Verantwortung auf diesem Gebiet, nachdem die katholischen Forderungen schon weitgehend vorliegen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur zu einem Problem Stellung nehmen, nämlich zu der Frage der obligatorischen staatlichen Zivilehe. Herr Frost meint, daß hier eine Auffassung gefunden werden müßte, die getragen wäre „von dem Bestreben, den katholischen Brüdern eine Ehe nach ihren sakramentalen Begriffen - frei von jeder Kulturkampfremiszenz - zu sichern, wie von der Toleranz gegenüber dem Nichtchristen, dem wir ein Leben in bestimmten Ordnungen gleichfalls zu ermöglichen haben“.

Grundsätzlich kann man dem nur zustimmen. Wie soll jedoch ein solches Ziel angesichts der katholischen Eheauffassung und ihrer Mischehenpraxis verwirklicht werden? Nach kanonischem Recht ist ja die von einem Katholiken vor einem evangelischen Pfarrer oder „nur“ standesamtlich geschlossene Ehe ungültig. Welche verheerenden Folgen das in manchen Mischehen hat, ist zu bekannt, als daß es noch mit Beispielen belegt zu werden brauchte. Die Abschaffung der obligatorischen staatlichen Zivilehe würde sich vornehmlich in überwiegend katholischen Gebieten in einer erhöhten Nichtachtung evangelisch oder standesamtlich geschlossener Mischehen auswirken.

Zur Durchsetzung der Forderungen von katholischer Seite wird nun vielfach Artikel 4 des Grundgesetzes herangezogen. Die dort garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit soll denen, die eine kirchliche Eheschließung begehren, auch die bürgerliche Anerkennung dieser Eheschließung sichern. Hier liegt aber nach dem Vorhergesagten ein Widerspruch in sich. Nicht in polemischer Absicht, sondern zur Klärung des Begriffes weise ich darauf hin, daß Toleranz nur beanspruchen kann, wer auch bereit ist, sie zu gewähren. Irgendwie - ich drücke mich absichtlich so unbestimmt aus - würde die geforderte juristische Geltung der katholisch-kirchlichen Trauung eine staatliche Legalisierung der dahinter stehenden Eheauffassung einschließen. So sehe ich in der staatlichen Zivilehe trotz ihrer Herkunft aus der Kulturkampfzeit ein hervorragendes Instrument zur Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens und der gegenseitigen Duldung. Niemand hätte sie als Zwang empfunden, wäre nicht neuerdings erst darauf aufmerksam gemacht worden. Man sollte sie darum nicht so leicht verwerfen.

Ich weiß wohl, welche Gründe die katholische Kirche für ihre Forderungen anführt: Es ist für sie nur schwer tragbar, den Zugang zur sakramental aufgefaßten Eheschließung sozusagen erst mit einer staatlichen Eintrittskarte erkaufen zu müssen. Wir sollten das respektieren. Jahrhundertlang hat ja auch bei uns die kirchliche Eheschließung bürgerliche Rechtswirkung gehabt. Dennoch halte ich meine Bedenken für schwerwiegender.

Es geht um das rechte Zusammenleben in unserem konfessionell gemischten Volk. Und wir sind mit unseren Gesprächspartnern einig in dem sehnlichen Wunsch nach einer wirklichen Erneuerung unseres Volkes und seines gefährdeten, zerrütteten Familienlebens. Diese Erneuerung wird uns aber erst geschenkt werden, wenn wir wieder begreifen und lernen, daß wir auch in der Ehe verantwortlich sind vor Gott.

Pfarrer Lange, Hilden/Rhld.

AN UNSERE LESER

Auf Grund zahlreicher Anfragen hinsichtlich eines laufenden Bezuges der „Evangelischen Verantwortung“ und des dafür zu entrichtenden Unkostenbeitrages drucken wir nachstehend noch einmal einen Bestellschein ab. Wir wären allen denjenigen Lesern, die an einer ständigen Belieferung mit der „Evangelischen Verantwortung“ interessiert sind und uns ihre Bestellung bisher noch nicht übermittelt haben, dankbar, wenn sie sich zur Erleichterung des Geschäftsganges dieses Bestellscheines möglichst umgehend bedienen würden. Wir bitten ferner darum, die Überweisung von Unkostenbeiträgen mit dem Vermerk „betr. Evangelische Verantwortung“ auf folgendes Postscheckkonto vorzunehmen:

Oberbürgermeister Ernst Bach, Siegen in Westf.,
Konto-Nr. 315 29, Postscheckamt Dortmund.

HINWEIS

Die Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bonn, Görresstraße 40 (Ruf: 21131), ist jederzeit gern bereit, geeignete Redner für Veranstaltungen örtlicher Arbeitskreise zu vermitteln. Entsprechende Anfragen und Terminvorschläge sind aus Dispositionsgründen möglichst frühzeitig vor einer geplanten Veranstaltung an die Geschäftsstelle zu richten.

An die Geschäftsstelle
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
B o n n, Görresstraße 40

- DRUCKSACHE -

Ich bitte um laufende Belieferung mit der „Evangelischen Verantwortung“ ab sofort/wie bisher*) und bin bereit, einen jährlichen Unkostenbeitrag von DM 3.- zu entrichten.

Name:..... Vorname:.....

Beruf:.....

Wohnort und Postleitzahl:

Straße und Haus-Nummer:

.....,den.....1954

(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen